

# Arbeiterstimme

Z Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Redaktion: 1. L. G. ... Dresden, Freitag den 24. Juli 1925

Dresden, Freitag den 24. Juli 1925 Nummer 86

## Einheitsfront der Sozialdemokraten und Deutschnationalen

### Reichsfinanzminister Luther über den Sicherheitspakt

Am Donnerstag wurde die außenpolitische Debatte im Reichstag fortgesetzt. Die kommunistische Fraktion hat dazu folgenden Mißtrauensantrag eingebracht:

**Der Reichsminister des Innern bezieht nicht das Vertrauen des Reichstages.**

Jedem liegt noch ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen aus der Verlegenheit zu liegen. Hier zu dem kommunistischen Mißtrauensvotum Stellung zu nehmen, haben die Regierungsparteien ein Verbot erlassen, eine sogenannte Billigungsformel für die Politik der Reichsregierung vorzubereiten.

Der Abgeordnete der Donnerstagsfraktion, Abg. Dr. Hess (Dn.) hat festgestellt, daß sich für die Außenpolitik eine dreiteilige Einheitsfront zusammengesellen habe, die von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen reicht. Zur Frage des Mißtrauensvotums und des Durchmarschrechtes sagte er: Es geht nicht an, daß Deutschland Aufmarschgebiet in einem Krieg sein soll, der Deutschlands Interessen überhaupt nicht berührt. Der Völkerverbund ist ein Instrument der Sieger, ein unbrauchbares Mißtrauensvotum.

Abg. Dr. Meißner (Dn.) hat in der jetzigen Lage Deutschlands bezeugt die Frage des Durchmarschrechtes durch Deutschland nicht. Sie entsteht erst, wenn wir dem Völkerverbund beitreten.

Nach der Rede des Abg. Reich (Dn.) und Neumann (Dn.) ergreift der Reichsminister Luther das Wort.

Zu Beginn stellt er die „erzweckliche“ Tatsache fest, daß die Mehrheit der Parteien (deutschnational-sozialdemokratische Einheitsfront) seiner Politik zustimme. Er glaubte daraus den Schluß ziehen zu können, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter dieser Politik stehe. Dann sprach Luther von freundschaftlichen Zusammenleben der Völker und forderte einen Sicherheitspakt auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit. In Bezug auf die Stellung der deutschen Regierung zum Völkerverbund wies er auf das Septembermemorandum betreffend den Völkerverbandsbeitritt hin. Die von ihm geforderte wirtschaftliche Gleichberechtigung sei im Anwendungsbereich des § 16 der Völkerverbandscharta für Deutschland zu beobachten von den für andere Länder geltenden Verhältnissen, daß Deutschland auf eine Anerkennung dieses Umstandes und entsprechende Regelung der Verhältnisse ein wesentliches Recht hat. Diese sehr diplomatischen Worte Luthers deuten darauf hin, daß er sich dem Völkerverband, in der Frage des Mißtrauensvotums ein Kompromiß zu finden, anstrengt. Zur Frage der Abklärung überging, erklärte Luther, daß die mit dem § 16 in engem Zusammenhang stehe. „Es ist ein vollkommen unabhängiger Zustand, daß während der gleichzeitigen Durchführung der Einheitsfront, bis zu einem Grade, der Deutschland in mehrerlei Sinne des Wortes wehrlos gemacht hat, andere Länder in ihrer Bewaffnung fortfahren und so die im Völkerverband proklamierte allgemeine Abrüstung zu einem leeren Buchstaben wird. Gegenüber dieser Sachlage muß Deutschland nicht nur sagen, daß es wenigstens eine rechtliche Gewähr dafür bekommt, daß kein Gebiet nicht Aufmarschgebiet und Operationsgebiet für diejenigen militärischen Auseinandersetzungen werden kann, die aus dem allgemeinen Mißtrauensvotum hervorgehen, sondern gerade infolge des Völkerverbandsverfahrens entstehen können.“

Auch diese Erklärung zur Frage des Durchmarschrechtes läßt sich zu wünschen übrig und zeigt, daß die deutsche Regierung sich gegenüber der Entente alle Türen offen läßt, was besonders durch den Hinweis auf die vollkommene Einheitsfront Deutschlands erkennbar ist. Es scheint, daß Herr Luther mit seiner Regierung die Frage des Durchmarschrechtes nicht nur, wenn die Wehrlosmachung Deutschlands aufgegeben wird, die Entente, insbesondere England, wird diesem Rechte den Hals leisten, denn dadurch wird der Entente die sehr erwünschte Möglichkeit eröffnet, deutsches Kanonenfutter zum Krieg gegen Sowjetrußland zu bekommen.

Am Schluß seiner Rede betonte der Reichsminister die Forderung der Ruhe und des Abnehmens, die unter der schweren Last der Reparationen gelitten hat. Das ist der Inhalt des Mißtrauensvotums der 700 Millionen Deutsche, aber für die Entente die besetzten Gebiete die Beilegung ihrer Erbverleumdungen fordert. Das sind dieselben Leute, die bereit waren, Rhein und Ruhr verlassen zu lassen.

### Antwortrede des Genossen Rosenbergs

Der Sozialdemokrat Hermann Müller hat sich als zweiter Redner der Sozialdemokraten eingezeichnet, was jedoch nach der Rede des Reichsministers keine Wortmeldung zählte. Die Sozialdemokraten hatten also zur Reichstagsrede nichts zu sagen. Für die Kommunisten nahm dann Genosse Rosenbergs das Wort und sagte aus:

Der Herr Reichsminister hat in seiner Rede zweimal betont, daß die Regierung in der Auslegung der Sicherheitsfrage einmütig sei. Aber jedoch die Rede des Reichsfinanzministers und seine politische Praxis, die in der letzten deutschen Rats zum Ausdruck kommt, unterläßt, der muß zu dem Ergebnis kommen, daß ein harter Unterschied in der Beurteilung dieser Fragen besteht. Die Formulierung zum Artikel 16 des Völkerverbands ist in der letzten Rats so lausigartig, so vorläufig, daß auch die gesamte ausländische Presse darin einigt ist, daß die deutsche Regierung gar nichts Bestimmtes wolle, daß alles in der Schwebe sei, daß man die deutsche Diplomatie kneten könne wie man wolle. Wenn wir den Reichsminister richtig verstanden haben, so hat er gesagt, daß er keinen Eintritt Deutschlands in den Völkerverband will, wenn nicht in Artikel 16 eine rechtliche Garantie dafür geboten wird, daß Deutschland bei künftigen Kriegen nicht Aufmarschgebiet wird. Bei letzteren prinzipiellen Gegenseitigkeit zu jeder kapitalistischen Außenpolitik ist das Mindestmaß dessen, was jede deutsche Regierung im Interesse der Erhaltung Deutschlands unbedingt tun sollte. Aber dieser Auslegung der Rats zum Artikel 16 steht die Auslegung des Reichsfinanzministers gegenüber. So lange dieser Unterschied besteht, kann von einer einheitlichen Außenpolitik der Regierung nicht geredet werden. Wir glauben vielmehr, daß sich die Taktik des Herrn Reichsministers am Ende doch durchsetzen wird und das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen den Reichsfinanzminister gründet sich mit auf die Überzeugung, daß keine Politik darauf ausgeht, Deutschland in den Völkerverband hineinzubringen, auch wenn die Vorbedingung, die der Reichsminister heute noch im Rahmen der Regierung darlegt, nicht erfüllt werden.

Es ist richtig, daß Herr Reichsminister die Sicherheitsfrage nicht erfaßt hat, sondern daß dieses Problem schon seit Ausbruch des Krieges besteht. Wir werfen der deutschen Regierung vor, daß sie die Sicherheitsfrage im Zusammenhang mit gewissen Umständen aufgeworfen hat. In der jetzigen Zeit befindet sich in Berlin der Gouverneur der Federal Reserve Board in Newport und der Gouverneur der Bank von England. Das Auftreten dieser Herren in Berlin hat einen ganz bestimmten politischen Sinn, und der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt in der Nummer vom 21. Juli darüber, daß das Auftreten dieser Herren mit den Krediten für industrielle und handelsrechtliche Deutschlands zusammenhänge und daß diese Angelegenheiten „erheblich dazu beitragen, um für den Moment gewisse deutsche Bedenken oder Einwendungen gegen den Sicherheitspakt zurückzuführen.“

Wird der Reichsministerpräsident Schacht von diesen Herren nicht gewisse Vorteile bekommen? (Reichsfinanzminister Reichsminister: Sie müssen ihn selbst fragen.) Das genügt uns, denn man kann nicht gut leugnen, daß die englisch-amerikanische Finanzkraft ein hartes Interesse daran hat, die weitere Entwicklung Deutschlands in eine bestimmte Richtung zu führen.

Wird der Reichsminister Luther auch die Kraft haben, gegenüber Reichsminister, den englisch-amerikanischen Banken und gegen die deutsche Industrie, die Rechte um jeden Preis haben will, keine Verfügungen bezüglich des Artikels 16 durchzuführen?

Der englische Minister des Innern, Chamberlain, hat Frankreich bei frigidischen Auseinandersetzungen, in die Polen hineingezogen wird, das Durchmarschrecht durch Deutschland zugesprochen. Gegenüber dieser Tatsache ist die Behauptung des Reichsministers, das Volk stehe in seiner Mehrheit hinter der Politik des Herrn Reichsminister, sehr gewagt. Denn die Gefahr für Deutschland ist bei Unterzeichnung des Sicherheitspaktes riesengroß. Wir warnen noch einmal in letzter Stunde vor einer solchen abenteuerlichen Politik, die für ein Völkerverband der englisch-amerikanischen Kredite die Zukunftsorientierung der deutschen Außenpolitik verkaufen will. Wir wissen, wenn die deutschen Außenpolitik verkaufen will, wie sie der Reichsfinanzminister mit seiner Völkerverbandspolitik erreicht, daß sich die große Masse des Volkes dagegen erheben wird. Glauben Sie nicht, daß französische Truppen bei einem Krieg mit Rußland ungehindert durch Deutschland durchkommen werden. Es wird Chaos, unerhörtes Blutvergießen und unermessliches Elend für Deutschland bringen. Das, was Ohrenschmerz im Weltkrieg erleiden mußte, das wird ganz Deutschland lähmen. (Beifall bei den Kommunisten.)

**Die Krönung der Massen-Neuerausplünderung in Deutschland**  
Von Emil Bölllein, M. d. R.

Zur Zeit wird im Steuerauschuß des Reichstages der Entwurf eines Gesetzes über Änderungen des Finanzangelehens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden beraten.

Der vorliegende Gesetzesentwurf bedeutet unzweifelhaft ein weiteres zweifaches Attentat auf die Lebensinteressen der bescheidenen Werktätigen in Stadt und Land.

Das neue Finanzangelegengesetz ist dazu bestimmt, die Steuerausplünderung der breiten werktätigen Massen vollends auf die Spitze zu treiben und gleichzeitig jeden Versuch eines etwaigen proletarisch zusammengesetzten Landtags oder Gemeinderats, die wirtschaftlich Starke zwecks sozialer Entlastung der Kleinen und Schwachen zu höheren Steuerleistungen heranzuziehen von vornherein grundsätzlich unmöglich zu machen.

Die Regierungsvorlage bringt zunächst die folgende Beschreibung, daß die Länder und Gemeinden zu dem künftig von 10 auf 25 vom Hundert zu erhöhenden Reichsteil am Gesamtamtommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur prozentuale freigelegte Zuschläge erheben dürfen. Jede soziale Berücksichtigung der Kleinen und Kleinsten Arbeitseinkommen bei der Bemessung und Erhebung dieser Zuschläge ist den Selbstverwaltungsorganen durch bindende Reaktionsnormen ein für allemal unterzogen. Wenn auch inzwischen infolge technischer Schwierigkeiten bei der geplanten Durchführung des Zukunftssteuersystems Regierung und Reichsteilparteien von der sofortigen Bewältigung ihres Planes Abstand vorläufig genommen haben, so steht doch für das Jahr 1927 dessen Einführung in bestimmter Aussicht.

Als zweites wichtiges Zugeständnis an die Interessen des Kapitals fñhelt das Finanzangelegengesetz die weitere Abschaffung der Einkommen- und Körperschaftsteuer und dem in denselben Selbstverwaltungsorganen zur Erhebung gelangenden Sätze der sogenannten Realsteuern (auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) ein bestimmtes festes Verhältnis vorzuschreiben. Dadurch soll ein für allemal verhindert werden, daß in Ländern und Gemeinden mit proletarischer Mehrheit die Zuschläge zur Einkommensteuer, die auf den nicht-berührenden Massen besonders schwer lasten werden, etwas niedrig gehalten und statt dessen die Realsteuern der ortsgemeinlichen Besitzenden etwas stärker angepaßt wird.

Drittens bietet das neue Finanzangelegengesetz den Ländern und Gemeinden als Ersatz für die geplante Kürzung des bisherigen Anteils der Länder und Gemeinden am Einkommen der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer von 60 auf 70 vom Hundert die Heraushebung ihres Anteils am Einkommen der Umsatzsteuer von 20 auf 30 vom Hundert an. Was diesem Angebot der Luther-Regierung spricht eine wohlüberlegte zweifach hinterhältige Absicht. Einmal soll es dazu dienen, die unerträgliche Massenausplünderung durch die Umsatzsteuer, die, da sie bei jedem einzelnen Umsatz einer Ware immer wieder aufs neue erhoben wird, das Arbeitseinkommen neben der 10prozentigen Lohnsteuer nochmals mit mindestens 10 vom Hundert durchschnitlich belastet, möglichst lange aufrecht zu erhalten, weil bestimmt damit zu rechnen ist, daß die Länder und Gemeinden sich jeder Kürzung ihrer Reichsteilanteile mit allen Mitteln widersetzen werden. Zum anderen glaubt die Luther-Regierung durch diese Methode ein geeignetes Mittel gefunden zu haben, die Länder und Gemeinden zur risikolosen Einschränkung ihrer Ausgaben zwingen zu können für den Fall, daß dem Drängen des Großkapitals und der Arbeitermassen nachgegeben und die Umsatzsteuer dennoch weiter abgebaut oder gar aufgehoben werden müßte.

Endlich verweist das neue Finanzangelegengesetz die Länder und Gemeinden zur Behebung ihrer drückenden Finanznöte auf die hemmungslose Steigerung der Mietzinssteuer, obwohl deren antisoziale und ausplündernde Wirkungen auf die breiten werktätigen Massen längst allgemein bekannt und anerkannt sind.

Am den Weg zu dieser neuen ungeheuerlichen Massenausplünderung frei zu machen, reizt die Luther-Regierung in Paragraph 26 der dritten Finanznotverordnung zunächst die dort noch vorhandenen gewissenhaftem paperne Schranke nieder, die ein Exportlöcher der Mielen über den Sach der Friedensmiene hinaus verhindern sollte. Sie bringt anstelle dieser bisherigen gesetzlichen Begrenzung der Mietzinssteuer eine neue Bestimmung, die die Länder ermächtigt, in Zukunft die Mielen „nach dem Ermessen“ der Entwidlung der allgemeinen Wirtschaftslage zu erhöhen.“ Und damit das Tempo der gemißhagten Mielenwidlung noch oben zu nicht zu langsam vor sich gehet, haben die Regierungsparteien

### Die Abstimmung über das Luther-Stresemann-Kabinett

Bei der dann folgenden Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen Stresemann wurde die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Regierungsparteien nicht vorgenommen. Dieses wurde jedoch von der deutschnational-sozialdemokratischen Einheitsfront abgelehnt. Die Sozialdemokraten moßten sich aus der Verlegenheit, über Stresemann offen abzustimmen, retten. Bei der dann folgenden Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Regierungsparteien wurde dieser mit 235 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen angenommen. Eine Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag erfolgte nicht mehr. Die Demokraten hätten mit für die Stresemann-Regierung gestimmt. Ein Antrag der Sozialisten auf Abstimmung über den Mißtrauensantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Nachdem keine weitere Rede gehalten wurde, verlas der Reichsminister Luther die Sitzung auf Freitag 1.00 Uhr.

## Heraus zur Massenkundgebung heute nachmittag um 5 1/2 Uhr auf dem Wiener Platz